

Wer A sagt muss auch B zahlen

Ohne Beteiligung der Gewerkschaften peitschte die Rot—Rot—Grüne Koalition das neue Polizeigesetz als Eilsache durch. Das dafür nötige Personal bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven scheint der Senat nun nicht bereitstellen zu wollen.

Lüder Fasche

Am 8. September letzten Jahres hatte ich als Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei die Möglichkeit, der Politik und Öffentlichkeit unsere Haltung zum neuen Bremer Polizeigesetz darzustellen. Im „Loft“ in der Überseestadt saßen dabei unter anderem auch alle Vertreter der innenpolitischen Parteien. Natürlich habe ich einen Großteil meiner Redezeit dem in der Novelle enthaltenen Misstrauen für Polizeibeschäftigte gewidmet. Was ich aber auch noch sagte, war folgendes:

„In jedem Fall kostet die Umsetzung der Regelungen viel zusätzliches Personal. Nach Angaben der Polizei Bremen fast 60 weitere Arbeitskräfte.

Allein dies sollte dazu führen, noch einmal sehr genau draufzuschauen, was durch übergeordnete Gesetze unumgänglich ist und wo wir uns einen Bremer Weg gönnen wollen.

In jedem Fall müssen Sie alle die Zielzahlen für die Polizeien im Land Bremen entsprechend erhöhen. Und vor allen Dingen müssen Sie umso mehr Ihre Anstrengungen verstärken und darstellen, wie Sie nun diese Zielzahlen noch zu erreichen gedenken. Erfahrungsgemäß wird es dauern. Bis dahin wird die Polizei Aufgaben liegen lassen müssen. Sagen Sie uns bitte, welche und lassen uns nicht mit den von Ihnen verursachten Problemen allein.

Der vorliegende Entwurf schließt also bereits vorliegende Lücken in unserer Sicherheitsarchitektur nicht, sondern er eröffnet sogar neue.

Dies geschieht insbesondere auch dadurch, dass er polizeiliche Ressourcen verschleudert, ...“

„ Benjamin Kieck, Kreisgruppenvorsitzender Bvh
Jemand Schlaues sagte mal, Politik ist die Kunst, Probleme zu lösen, ohne neue größere zu schaffen.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit unserer mahnenden Stellungnahme erfolgte dann lediglich in einigen ausgesuchten Teilbereichen. Und tatsächlich konnte die GdP im Bereich Zuverlässigkeitsüberprüfung und auch Erweiterung der Kennzeichnungspflicht gewisse Erfolge erzielen. Die von mir aber thematisierten unstrittigen zusätzlichen Bedarfe an Personal wurden in den Reihen der Koalitionäre zu keinem Zeitpunkt problematisiert. Es gab auch keinen Grund, unsere Einwände als die übliche Nörgelei und Schwarzmalerei einer Gewerkschaft abzutun. Die Polizei Bremen selbst hatte nämlich ihre Hausaufgaben gemacht und dezidierte Berechnungen geliefert. Heraus kam dabei ein personeller Mehrbedarf von 50,94 Vollzeiteinheiten (VZE). Nach Eindruck der GdP wurde dabei noch eher der berühmte spitze Bleistift verwendet, wo andere Behörden großzügig zu eigenen Gunsten über den Daumen gepeilt hätten.

Im Wesentlichen ergeben sich die Mehrbedarfe durch IT-Sicherheitsmaßnahmen, IT-Anpassungen und Datenpflege in Datenbanken, der Hypothetischen Datenerhebung (HyDaNe), Änderungen von Berechtigungen, Standards sowie Unterrichtsverpflichtungen. Letztere sowie die meisten anderen dieser neuen Bestimmungen sind reine „Bremensien“ und nicht, wie gerne behauptet, aus EU-Recht resultierend. Dazu birgt nach Auffassung der GdP Bre-

men das Gesetz noch viel mehr Zusatzbedarfe. Allein die Fortbildung zu neuen Regelungen wird übers Jahr gesehen die komplette Dienstzeit mehrerer Polizeibeschäftigter kosten. Geforderte Ausbildungen für bestimmte Fesselungsformen konnten noch gar nicht starten. Einige Zusatzbedarfe wurden zeitlich nur nach hinten verschoben, wie zum Beispiel die sehr kontrovers diskutierten, am liebsten digitalen, Kontrollquittungen. Ganz zu schweigen vom generellen Mehr an Personal, das man benötigt, wenn man die Bremer Polizei nur konventionell und nicht mit modernen Mittel wie Quellen-TKÜ usw. arbeiten lassen möchte.

„ Lüder Fasche, GdP Vorsitzender

Die Regierungskoalition kommt mir vor wie ein kleines Kind, das sich so sehr einen Hund wünschte und nun nicht mit ihm Gassi gehen möchte.

Die Koalition hat aus dem Bremischen Polizeigesetz ein Bürokratiemonster werden lassen. Allein für die Umsetzung der schier kein Ende nehmen wollenden neuen Datenparagrafen wollte der Innensenator am 10. Februar vierzig zusätzliche Stellen, davon acht für Bremerhaven, vom Senat bewilligt bekommen. Für die neu zu leistenden Aufgaben eigentlich schon viel zu sparsam bemessen. Doch selbst diese eher schüchterne Vorlage verschwand plötzlich wieder von der Tagesordnung. Es wurde „vertagt“ - auf die Haushaltsberatungen Ende März. Natürlich ist es in Corona-Zeiten noch weniger Zuckerschlecken als sonst, einen Bremer Finanzhaushalt zu konzipieren. Aber den eigenen gesetzlichen Bestimmungen sollte er schon gerecht werden.

Teile von Rot-Rot-Grün befinden sich diesbezüglich gerade scheinbar in einem schmerzhaften Lernprozess. Regierungsarbeit ist keine linkspolitische Klausurtagung an dessen Ende man ideologisch geprägte Ideen an die Pinwand heftet und das war's. Wenn man aber ein Polizeigesetz verabschiedet, dann hat das immer echte Folgen für die Sicherheits- und ganz oft auch für die Haushaltspo-



Kevin Lenkeit, SPD, Online Sitzung der Innendeputation, 18.02.2021

Bremen liegt in der Polizeidichte nur hinter Hamburg und Berlin. Es gibt 13 Bundesländer, die schlechter sind.

Lüder Fasche, GdP Landesvorsitzender

Von den drei Stadtstaaten hat Bremen die geringste Polizeidichte. Statt mit anderen Großstädten und ähnlichen Problemen, können wir uns aber natürlich auch mit dem Rems-Murr-Kreis vergleichen. Dann sind wir richtig gut.

litik. Einem erfahrenen Innenpolitiker wie Senator Mäurer ist das klar. Und doch scheint er schon damit zu scheitern. Nun haben die Mütter und Väter des neuen Polizeigesetzes gaaanz viel Zeit. Vielleicht haben sie auch schon das Interesse an ihrem neuen Spielzeug verloren. Wie ein kleines Kind, das sich so sehr einen Hund wünschte und nun nicht mit ihm Gassi gehen möchte. Zu hoffen, die vom Senator genannten Mehrbedarfe der Polizeien im Land Bremen würden doch noch vollumfänglich die Haushaltsberatungen überstehen, ist illusorisch. Zu rechnen ist vielmehr mit einer kleinen, eher symbolischen Quote.

Seriös wäre es ohnehin nur gewesen, die Gesetzesnovelle erst dann zu verabschieden, wenn ein vernünftiges Umsetzungskonzept mit einer entsprechenden Stellenhinterlegung vorgelegen hätte.

Die Mehrbelastungen für die Polizeien in Bremen und Bremerhaven sind jetzt unausweichlich, denn sie sind nun gesetzlich normiert. Und sie schienen ja dringend unaufrichtig, denn warum hätte man das Gesetz sonst als Eilsache verabschieden sollen?

Aber was bedeuten denn nun die Mehrbelastungen für die Polizei im Bundesland Bremen? Was bedeuten sie für unsere Kollegen und Kolleginnen? Und was heißt das für die Bürger und Bürgerinnen in unserem Zwei-Städte-Staat?

Die Polizei arbeitet in Bremen seit Jahren in personeller Unterdeckung. Die zu knappen Ausbildungskapazitäten und eine große Anzahl von baldigen Ruheständlern verhin-

dern, dass die Personalkörper der Polizeien wieder ausreichend schnell anwachsen. Auch wenn wir deshalb in den kommenden Jahren die geplanten Zielzahlen von 2900 in Bremen und 520 in Bremerhaven nicht erreichen können, müssen die Neubedarfe sofort erkennbar zu diesen Zahlen hinzuaddiert werden. Dauerhaft überlasteten Mitarbeitenden mit immer noch anwachsenden Überstundenkonten von mehreren hundert muss es wie ein Hohn vorkommen, wenn sich der Innenpolitische Sprecher der SPD in der Innendeputation rühmt, Bremen habe die drittbeste Polizeidichte unter allen Bundesländern. Und dies nur wenige Tage nachdem bekannt wurde, dass der Senat sich mindestens schwer damit tut, die selbst geschaffenen Neubedarfe zu refinanzieren. Die Belastung dürfte also für die Mitarbeitenden weiter zunehmen.

Konfuzius

Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten.

Seit Jahren müssen Abstriche in der Polizeiarbeit gemacht werden, obgleich die Beschäftigten sich bereits über Gebühr einbrachten. Schon in der letzten Ausgabe der DP berichtete ich hier zum Beispiel von der Situation der Kontaktbereichsbeamten und dem Rückzug der Polizei aus der Fläche. Die Halde an unerledigten Ermittlungsakten war hier auch schon öfter Thema, eben-

so der sogenannte Zielerreichungsgrad im Einsatzdienst.

Alle diese Mängel werden nochmals verstärkt, sollten den Polizeien in Bremen und Bremerhaven zur Wahrnehmung der neuen Verpflichtungen nicht die notwendigen Personalressourcen (50 VZE) zur Verfügung gestellt werden. Die Polizeiführung muss dann wohl oder übel Personal für die neuen Aufgaben woanders abziehen.

Schutzsuchende werden länger auf Streifenwagen warten müssen, Beiräte ihre Kontaktbereichsbeamten vermissen, Kontrollorte verschwinden und Vorgänge schlicht liegen bleiben.

Somit hätte das neue Polizeigesetz die Situation „verschlimmbessert“. War das die Absicht?

Ich hoffe, die GdP muss die Regierungskoalition nicht noch öfter daran erinnern, dass ihr bereits in Kraft getretenes Polizeigesetz auch für Bremens Politik bindende Wirkung hat und nicht nur in Fällen, wo es haushaltstechnisch oder personell umsetzbar ist. Wir fordern den Senat daher auf, schnellstmöglich 50 neue Stellen zu genehmigen. Die Polizei darf nicht zum Spielball der Koalition während laufender Haushaltsberatungen werden.

Sollte wirklich die Haushaltsituation es nicht hergeben, fordern wir, dass die personalverschlingenden Regelungen im neuen Polizeigesetz wieder außer Kraft gesetzt werden. Man würde so wenigstens nicht die Sicherheitslage in Bremen noch weiter verschlechtern und Polizeibeschäftigte dauerhaft in die Überlastung zwingen. ■

Wir machen es für Euch und hoffen auf viele Zusagen!

Habt Ihr Interesse an einem Webinar zum Thema „Vorbereitung auf das Auswahlverfahren“ teilzunehmen?

Dabei setzen wir als Gewerkschaft auf die Digitalisierung, denn ein Webinar ist pandemiekonform und macht es einfacher, famili-

äre Belange zu koordinieren, weil man sich nicht an einen Seminarort begeben muss, sondern von zu Hause aus agieren kann! Da wir im Moment noch an der Durchführung arbeiten, können wir noch keinen Termin, die Dauer und das Portal nennen. Diese Informationen werden wir jedoch nach Planung so schnell wie möglich bekannt geben. Avisiert ist ein Termin Anfang bis Mitte Mai.

Wenn Ihr teilnehmen möchtet, dann meldet Euch unter: bremen@gdp-jg.de



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bremen

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



75 NEUE GESICHTER AM 01.04.2021 IHR SEID WAS BESONDERES UND HERZLICH WILLKOMMEN!

Am 01.04. passiert hier in Bremen was Besonderes. Und zwar wirklich. Erstmals stellen die Polizeien in Bremen und Bremerhaven auch Anwärter und Anwärterinnen im Frühjahr ein.

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt euch alle recht herzlich und wünscht euch einen guten Berufsstart, viel Erfolg im Studium und eine tolle Zukunft bei der Polizei in Bremen oder Bremerhaven! Die GdP wird euch dabei hilfreich zur Seite stehen. Eine starke Gemeinschaft wie die GdP ist ein starker Partner für eure Karriere. Werdet deshalb Mitglied in der GdP! ■



AGENDA GESUCHT - EUER THEMA, UNSER ANLIEGEN

Wahlen zum Landesjugendvorstand im Herbst 2021

Alexander Blau

für den Landesjugendvorstand / JUNGEN GRUPPE (GdP) Bremen



Als JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen möchten wir junge Menschen im Dienst der Polizei zu gewerkschaftlichem und politischem Engagement motivieren.

Wir haben mit dem politischen Instrument der Gewerkschaften die Chance, zur Verbesserung unserer eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen, aber auch unsere Polizeiwelt für die nachfolgenden Generationen ein Stückchen besser zu machen. Eigentlich nichts neues für Schutzleute: Freund und Helfer bzw. Freundin und Helferin.

So setzen wir uns in unserer aktuellen Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ für Respekt, Verantwortung und Gerechtigkeit im gesamtgesellschaftlichen Kontext ein. Aktuell sind wir als JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen allerdings ganz regional unterwegs und auf Problemsuche in unserer Heimat.

Im Herbst dieses Jahres stehen im Landesverband Bremen die Wahlen zum Landesjugendvorstand an. Damit wir uns für euch auf regionaler Ebene für unterschiedlichste Themen starkmachen und aktiv für eure Interessen einsetzen können, benötigen wir euren Input. Was

bewegt euch, was findet ihr verbesserungswürdig, sowohl in unserer Polizei direkt als auch in der Hochschule für Öffentliche Verwaltung? Wir haben für euch ein paar Themen vorbereitet und bitten um eure Priorisierung. Die Umfrage nimmt maximal fünf Minuten in Anspruch.

Alternativ zum QR-Code findet Ihr hier auch den Link (<https://forms.gle/aBvgt9FL822mvmgG9>) und unsere Erreichbarkeit per E-Mail (bremen@gdp-jg.de).

P.S.: Die Wahlen zum Landesjugendvorstand sind immer eine ganz besondere Chance, sich für die besonders wichtigen Themen einzusetzen. Dabei ist Vielfalt unsere Stärke: Ob Bücherwurm, Netzwerker:in, Versorger:in oder Eventmanager:in – Hauptsache engagiert. ■

FAHNDUNG



Ideen gesucht!



Wir wollen wissen, was euch wichtig ist.
Positives & Bewährtes.
Verbesserungsbedarfe?
Herzenthemen!

Im Herbst 2021 wird der Landesjugendvorstand neu gewählt. Wir sind neugierig, was euch bewegt, damit wir unsere Agenda in eurem Sinne gestalten können.



Scan me



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bremen

FRAUENQUOTE

Corona hat viel verändert. Wir haben erfahren müssen, dass wir nur gemeinsam Probleme bewältigen können.

Siggi Holschen

Dazu gehört, dass endlich die Potenziale von Frauen genutzt werden. Corona hat uns gelehrt, dass Frauen flexibel und darüber hinaus proaktiv und initiativ mit der schwierigen Situation umgegangen sind.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Forderung nach einer Frauenquote lauter wird.

Skandinavische Länder und die USA haben die Vorteile von Frauen in Führung genutzt. In diesen Staaten ist Diversity kein

Fremdwort. Diversity bedeutet gute Unternehmensführung. Deutschland ist in diesem Punkt ein Entwicklungsland, deshalb ist die Frage: „Muss in Deutschland eine FRAUENQUOTE verordnet werden?“ logisch.

Die Antwort ist ein klares „JA“.

Frauen haben die besseren Abschlüsse, doch diese spiegeln sich nicht in ihrer beruflichen Laufbahn wider.

Innerhalb des öffentlichen Dienstes Bremen ist z. B. nur ein erhöhter Frauenanteil in Führung bei der Senatorin für Bildung zu registrieren.

Die Polizei Bremen sollte Vorreiterin für einen erhöhten Frauenanteil in Führungspositionen sein und somit einer Quotierung zuvorkommen.

Denn nur zusammen sind wir stark! ■



Foto: GdP Bremen



Frauenrechte immer fest im BLICK !



VORSTELLUNG DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN LANDESVORSTANDES DER GdP BREMEN: CORNELIA RENKEN

Cornelia Renken, Stellvertretende Kassiererin

Schwerpunkte: Kriminalpolizei, Frauen, Beruf und Familie

Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Conny Renken. Ich bin 54 Jahre alt und habe zwei mittlerweile erwachsene Töchter. Seit 1987 bin ich bei der Polizei und seitdem auch Mitglied in der GdP. Meine Ausbildung begann im mittleren Dienst. Nach der Geburt meiner Kinder war ich in Teilzeit in unter-



Cornelia Renken

schiedlichen Bereichen tätig und habe von 1998-2001 den Aufstieg in den gehobenen Dienst an der HföV durchlaufen. 2002 habe ich am Übernahmelehrgang der Kripo teilgenommen und anschließend meinen Dienst im KDD und im Kommissariat für besondere Diebstahlsformen versehen.

Im Jahr 2006 habe ich mich dienstlich verändert und bin für vier Jahre als Einweiserin in den Einsatzzügen tätig gewesen. Seit 2010 bin ich an meiner jetzigen Dienststelle, dem K 33. Im Bereich der Mordkommission bin ich für Brand- und Sprengstoffermittlungen sowie für Leichensachbearbeitungen zuständig.

Seit 2008 habe ich mich intensiver mit Gewerkschaftsarbeit befasst. Dabei war ich Mitglied und später Vorsitzende des Landeskontrollausschusses. Durch diese Tätigkeit war ich von 2012 - 2018 ebenfalls ein Mitglied des Bundeskontrollausschusses und des Beschwerdeausschusses. Meine Mitarbeit auf Bundesebene endete, als ich 2018 als stellvertretende Kassiererin Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Bremen geworden bin. Innerhalb des

GLV bin ich die Ansprechpartnerin für die Bereiche Kriminalpolizei, Frauen sowie Beruf und Familie. Ich war mehrere Jahre als Nachrückerin für die GdP im Personalrat und bin seit 2020 originäres Personalratsmitglied.

„Ich finde die GdP wichtig, weil ihr hier in schwierigen Situationen Unterstützung und Hilfe bekommen könnt!“

In meiner Freizeit engagiere ich mich seit längerem parteipolitisch auf Beirats-ebene und bin seit 2019 Beiratssprecherin für meinen Stadtteil und als Deputierte Mitglied in einer Fraktion der Bremischen Bürgerschaft. Des Weiteren lese ich gerne, treibe Sport im Verein und beschäftige mich mit meinen Haustieren.

Für mich haben Gemeinschaft und Zusammenhalt einen hohen Stellenwert. Aus diesem Grund bin ich Mitglied in der GdP geworden und über die ganzen Jahre auch geblieben. ■



Fotos: GdP Bremen



Conny bei der Arbeit



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2021, Landesjournal Bremen, ist der 04. April 2021

Artikel bitte mailen an:
klossi@onlinehome.de

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

als JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen möchten wir gerne für unsere bundesweite Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ werben. Mit dieser Kampagne möchten wir ein Zeichen für unsere demokratischen Grundwerte setzen und unsere besondere Bedeutung als Beschäftigte der Polizeien der Länder und des Bundes hervorheben.

Mit einer Aktion im Rahmen dieser Kampagne bieten wir die Möglichkeit, in der ihr euch hier aktiv einbringen könnt.

Unter dem Link <https://unsereid.de> könnt ihr mitmachen! Ziel ist es möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu finden, die es für genauso wichtig erachten wie wir, sich aktiv für unser Grundgesetz einzusetzen. Für dieses treten wir jeden Tag in unserem Dienst ein und darauf haben wir einen Eid geleistet. Wir möchten mit euch gemeinsam eine Collage mit allen Kolleginnen und Kollegen erstellen und noch einmal ein deutliches Bekenntnis für unseren Schwur leisten. Über die Homepage könnt ihr euer Bild einsenden. Je mehr Unterstützer wir finden, umso eindrucksvoller wird das Zeichen sein, das wir setzen können. Auf der Homepage findet ihr eine Anleitung, wie so etwas aussehen könnte und wie ihr konkret euer Foto machen solltet, damit wir ein möglichst einheitliches Gesamtergebnis erzielen.

Wir freuen uns über jede Unterstützerin und jeden Unterstützer!

Eure **JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen**



» Ich habe einen Eid geleistet » Einen Eid, mit dem ich mich selbst verpflichtet habe, für Recht und Gesetz einzustehen » Mit dem ich mich verpflichtet habe, unsere Werte zu wahren » Heute und auch morgen, dafür stehe ich » denn das Grundgesetz ist meine Verantwortung «



WOFÜR STEHST DU EIN? MACH MIT UNTER: unsereid.gdp-jg.de

Gefördert vom:
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ein langer Weg

Bis kurz vor Zieleinlauf gab es bei den Redaktionsverhandlungen zum TVöD noch Probleme mit zwei Änderungsverträgen, nachdem bei 20 anderen bereits Konsens erzielt wurde.

Brigitte Weinhold und Oliver Thies

Fachgruppe Tarif & Soziales



Brigitte Weinhold

Während sich unsere Bundestarifkommission noch im Austausch mit den anderen Gewerkschaften zwecks der für den 11.03.2021 geplanten Redaktionsverhandlung* befand, traf uns der Hammer am Freitagnachmittag:

Der Mitteilung für die Verwaltung vom 05.03.2021 konnten die Beschäftigten des Magistrats der Stadt Bremerhaven entnehmen, dass der Kommunale Arbeitgeberverband Bremen e. V. mitgeteilt hatte, dass die am 4. Dezember 2020 begonnenen Redakti-

onsverhandlungen zur Umsetzung der Tarifeinigung vom 25. Oktober 2020 bislang noch nicht abgeschlossen werden konnten.

So hatte die Geschäftsführerkonferenz der VKA am 3. März 2021 bestätigt, dass die im Rahmen der Tarifrunde 2020 erhöhten Entgelte noch nicht zur Auszahlung freizugeben sind. Hierfür wäre eine Einigung über die redaktionelle Umsetzung sämtlicher Inhalte der Tarifeinigung erforderlich und diese Gesamteinigung sei noch nicht erfolgt.





2021 - Neue Seminar-Termine der GdP Bremen

Unsere Kolleginnen und Kollegen waren fassungslos. Als Reaktion hagelte es Protest. Dieses Handeln der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände war inakzeptabel und nicht hinzunehmen.

Kern des Problems waren die Regelungen zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings. Am 11. März 2021 konnte dieser Streitpunkt nun endlich beseitigt werden. Der Zahlung der Entgelterhöhung steht nun nichts mehr im Wege. Der Tarifabschluss sieht Entgeltsteigerungen in zwei Schritten von insgesamt 3,2 Prozent in den kommenden zwei Jahren vor und enthält viele weitere Aufwertungen vor allem für die Beschäftigten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durch eine neu geschaffene Pflegezulage sowie der Aufstockung der monatlichen Intensiv- als auch Wechselschichtzulage.

Schon im Vorfeld zeigten viele Kolleginnen und Kollegen großes Interesse an der Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die Umsetzung gestaltet, an der auch der Gesamtpersonalrat des Magistrats der Stadt Bremerhaven mitwirken wird. ■

*Nach der eigentlichen Tarifeinigung werden letzte Detailfragen üblicherweise im Nachgang – in sogenannten Redaktionsverhandlungen – geklärt, um den genauen Wortlaut der Vereinbarung abzustimmen.

Datum	Planung alt	Gruppe
Mo 19.04. - Mi 21.04.	verschoben	Bereitschaftspolizei
Mo 26.04. - Mi 28.04.	verschoben	Frauengruppe
Mo 03.05. - Mi 05.05.	verschoben	Kripo
Mo 17.05. - Mi 19.05.	verschoben	Senioren
Mo 31.05. - Mi 02.06.	verschoben	Verwaltungspolizei
Mo 07.06. - Mi 09.06.	verschoben	Wasserschutz/Verkehr
Mo 14.06. - Mi 16.06.	Neuer Termin	Senioren
Mo 13.09. - Mi 15.09.		entfällt
Mo 20.09. - Mi 22.09.		entfällt
Mi 22.09. - Fr. 24.09.		entfällt
Mo 27.09. - Mi 29.09.	Neuer Termin	Zentrale Dienste
Mi 29.09. - Fr 01.10.	Neuer Termin	Schutzpolizei
Mo 11.10. - Mi 13.10.	Neuer Termin	Kripo
Mi 13.10. - Fr 15.10.	Neuer Termin	Wasserschutz/Verkehr
Mi 20.10. - Fr 22.10.		Ausweichtermin?
Mo 25.10. - Mi 27.10.	Neuer Termin	Verwaltungspolizei
Mi 27.10. - Fr. 29.10.	Neuer Termin	Frauengruppe
Mo 01.11. - Fr 05.11.		Ausweichtermin?
Mo 22.11. - Mi.24.11.	Neuer Termin	Bereitschaftspolizei

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Jürgen Drews, geb. 18.03.1956,
verstorben am 06.09.2020

Renate Kording, geb. 04.05.1937,
verstorben 04.01.2021

Lore Ahrbecker, geb. 20.11.1930,
verstorben am 12.12.2020

Jürgen Bergman, geb. 11.11.1940,
verstorben am 14.09.2020

Werner Faber, geb. 25.06.1939,
verstorben 18.12.2020

Ulrich Scholl, geb. 08.08.1939,
verstorben 16.01.2021

Alwin Wilhelms, geb. 13.03.1932,
verstorben 19.11.2020

Libuse Pohl, geb. 15.01.1928,
verstorben 17.12.2020

Reiner Stelljes, geb. 10.08.1963,
verstorben am 24.10.2020

Rolf Donner, geb. 16.05.1948,
verstorben am 09.12.2020

Heinrich Alpers, geb. 11.04.1934,
verstorben am 07.12.2020

**Wir werden ihr Andenken
in Ehren halten.**

Baldur Faust, geb. 24.04.1938,
verstorben 20.11.2020

Ursula Leker, geb. 07.01.1938,
verstorben am 09.12.2020

Ferienhäuser DK 2021



Angebote Sommer



Marielyst, Falster:
6 Personen, 90 m², 900 m zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 1.080 €



Henne, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 102 m², 2,5 km zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 902 €



Blåvand/Ho, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 86 m², 1,4 km zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 908 €



Bork Havn, Ringkøbing Fjord:
6 Personen, 87 m², 1,2 km zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 990 €



Hejlsminde Strand, Süd-Östl. Jütland:
6 Personen, 55 m², 700 m zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 825 €



Bork Havn, Ringkøbing Fjord:
6 Personen, 101 m², 600 m zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 986 €

Angebote Herbst



Rømø/Lakolk:
6 Personen, 81 m², 500 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 770 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
8 Personen, 119 m², 1,4 km zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 801 €



Rømø/Havneby:
6 Personen, 113 m², 800 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 600 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 134 m², 100 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 890 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 91 m², 900 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 650 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
8 Personen, 115 m², 500 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 680 €

Information und Buchung:

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

**Kostenfreie Stornierung bis zu 15 Tage vor Ankunft in 2021.
Gültig für ausgewählte Ferienhäuser!**



Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

Es gelten die Bedingungen des Veranstalters DanCenter A/S, Drehbahn 7, 20354 Hamburg www.dancenter.de